

Ausstellung findet doch statt

Das Verwaltungsgericht kippt die Absage der Stadt Groß-Umstadt: Die von „Bunt statt Braun“ organisierte antirechtsextremistische Ausstellung wird an einem neuen Ort gezeigt.

Von Lea Spill

GROSS-UMSTADT. Nicht in der Säulenhalle, aber im Clubraum der Stadthalle: Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ wird in Groß-Umstadt im geplanten Zeitraum präsentiert. Nach intensiven Gesprächen haben sich die Stadt und die Initiative „Bunt statt Braun“ auf eine einvernehmliche Lösung zur Durchführung der Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung geeinigt.

Doch bis zu dieser Einigung war es ein langer Weg: Die Stadt hatte die Nutzung der Säulenhalle ursprünglich Ende 2024 zugestimmt, nahm diese Zusage jedoch etwa ein Jahr später wieder zurück. Daraufhin setzte sich „Bunt statt Braun“, unterstützt durch das Projekt Gegenrechtsschutz und den Rechtsanwalt Dr. Jannik Rienhoff, juristisch zur Wehr und stellte einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung. Bei der Prüfung dieses Antrags stellte das Gericht klar, dass es die von der Stadt ausgesprochenen Absagen für rechtlich nicht wirksam hält.

Jetzt teilt das Verwaltungsgericht Darmstadt mit, dass sich das Eilverfahren erledigt hat. Die Beteiligten hätten zur gütlichen Beilegung des Rechtsstreits einen Vergleich geschlossen. Demnach werde die geplante Ausstellung vom 27. Februar bis 14. März 2026 im Clubraum der Stadthalle Groß-Umstadt stattfinden. Die Stadt Groß-Umstadt vermietet, wie diese erklärt, den Raum an die Initiative.

„Unser vorrangiges Ziel war immer, dass die Ausstellung in Groß-Umstadt gezeigt wird“, erklärt Wolfgang Laschka von der Initiative. „Deshalb sind wir kompromissbereit und haben so eine pragmatische Lösung ermöglicht, die für beide Seiten Planungssicherheit schafft.“

Bürgermeister René Kirch (unabhängig) erklärt, er sei froh und erleichtert, dass eine Einigung zur Durchführung der Ausstellung in Groß-Umstadt gefunden wurde. „Groß-Umstadt steht für Demokratie



Es gibt eine Einigung: Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ wird in Groß-Umstadt im geplanten Zeitraum im Clubraum der Stadthalle präsentiert. Foto: Stadt Groß-Umstadt

und Zusammenhalt. Daher stand für mich zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion, ob eine Ausstellung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus gut zu unserer Stadt passt“, stellt Kirch klar.

Kirch und die Stadtverwaltung standen zuletzt in der Kritik. Alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien machten deutlich: Die Ausstellung soll nach Groß-Umstadt kommen (wir haben berichtet). Die Stadt verzichtete bis zur Beendigung des Verfahrens, auf inhaltliche Stellungnahmen zum laufenden Verfahren, um das rechtsstaatliche Verfahren zu respektieren und zugleich jeden Eindruck zu vermeiden, sie wolle Einfluss auf das Gericht nehmen. Auf dieser Grundlage sei sie auch jederzeit zu Gesprächen bereit gewesen, um eine einvernehmliche und rechtsstaatlich vertretbare Lösung zu finden.

Die Säulenhalle selbst ist nicht diese Lösung. Diese wurde für den ursprünglich zugesagten Zeitraum bereits anderweitig vergeben, wie die Initiative „Bunt statt Braun“ mitteilt. Ein Blick in den digi-

talen Veranstaltungskalender der Stadt zeigt, dass in dem Zeitraum eine Ausstellung der Künstlerin Olga Manilov unter dem Titel „Manifest ohne Urteil“ angekündigt wird.

Diskussion um Neutralitätsgebot

Bürgermeister Kirch äußert, dass die Stadtverwaltung, insbesondere vor der Kommunalwahl, eine besondere Verantwortung trage, Projekte rechtssicher und neutral umzusetzen. Nachdem der ursprünglich geplante Ausstellungszeitraum problematisch wurde, wurde der Initiative im Dezember mitgeteilt, dass eine städtische Unterstützung nicht möglich sei. Dennoch fand man eine rechtssichere Alternative, die eine zentrale Präsentation ermöglichte. Gleichzeitig wurde das Kulturprogramm in der Säulenhalle durch eine weitere Ausstellung ergänzt, um die Lücke zu füllen.

„Bunt statt Braun“ teilt mit, sie hätten nach der Absage das Gespräch mit Bürgermeister René Kirch gesucht. Es folgte jedoch stattdessen ein

Gespräch mit einer Verwaltungsleiterin, in dem an der Absage festgehalten wurde. Gleichzeitig wurde angeboten, bei der Suche nach nicht-städtischen Alternativen zu helfen. Die vorgeschlagenen Orte erwiesen sich für die Initiative jedoch als ungeeignet.

Nach Darstellung der Initiative begründete die Stadt die Absage zunächst mit Neutralitätsbedenken im Vorfeld der Kommunalwahl. Nachdem diese Argumentation anwaltlich zurückgewiesen wurde, berief sich die Stadt auf eine angeblich strikte Zweckbindung der Säulenhalle als rein kulturell-künstlerischen Raum, so „Bunt statt Braun“.

„Öffentliche Stellen dürfen nicht aus Sorge vor Eskalation oder juristischen Auseinandersetzungen mit einer rechtsextremen Partei demokratische Bildungsprojekte im Stich lassen. Die Stärkung der Demokratie ist Teil unserer gemeinsamen Verantwortung – als Stadt und als Zivilgesellschaft“, betont Claudia Juncker von der Initiative. „Wir rufen die Kommune und alle demokratischen Kräfte unserer Stadt dazu auf, gemein-

sam daran zu arbeiten, dass das Neutralitätsgebot nicht missverstanden oder missbraucht wird.“

Die Stadtverwaltung teilt mit, sie nahm im zeitlichen Vorfeld der Kommunalwahl eine sorgfältige rechtliche Abwägung vor. Dabei wurde berücksichtigt, dass eine parteinahe Stiftung, eine politisch einzuordnende Ausstellung und die Nutzung städtischer Veranstaltungsräume in dieser Phase grundsätzlich juristisch angreifbar sein können. Auch die ursprünglich diskutierte Nutzung wurde vor diesem Hintergrund verworfen, da sie einen Präzedenzfall hätte schaffen können, auf den sich künftig auch extremistische Akteure berufen könnten, um ähnliche Räume einzufordern.

Vor diesem Hintergrund verständigten sich Stadt, nach eigener Aussage, und Initiative auf eine tragfähige Lösung. Mit der Vermietung des Clubraums wahre die Stadt ihre Neutralitätspflicht und ermöglichte zugleich eine zentrale, gut erreichbare Durchführung mit breitem Publikum.